

Antrag an das Studierendenparlament Datum: 28.04.2011

Antragsteller:
CampusGrün

Antragstext:

Das Studierendenparlament der Universität Hamburg und damit auch der AStA der Universität Hamburg unterstützen folgende Erklärung von Juso-Hochschulgruppen, freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften, Campusgrün, Linke.SDS, Liberale Hochschulgruppen und DGB-Jugend und der AStA, sowie das Präsidium werden diese online auf der Homepage www.freier-masterzugang.org mitzeichnen.

Studierende haben ein Recht auf einen freien Zugang zum Masterstudium

12.04.2011: Gemeinsame Erklärung von: Juso-Hochschulgruppen, freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften, Campusgrün, Linke.SDS, Liberale Hochschulgruppen und DGB-Jugend.

Der Bologna-Prozess kämpft in der Bundesrepublik auch nach mehr als 10 Jahren immer noch mit gravierenden Problemen. Dabei ist vor allem der Übergang vom Bachelor- in ein Masterstudium eine entscheidende Frage unter Studierenden.

Die Wahl zwischen einem Masterstudium und dem direkten Einstieg in den Beruf darf nicht von der Verfügbarkeit der Masterstudienplätze abhängen, sondern soll von den Studierenden frei entschieden werden.

Unsere Erfahrungen und empirische Studien zeigen, dass ein Großteil der Studierenden einen Masterabschluss anstrebt, weil sie sich nach dem Bachelorabschluss nicht ausreichend qualifiziert fühlen oder ihr Berufswunsch nicht ohne einen Masterabschluss zu erreichen ist.

Besonders dramatisch ist diese Situation für Studierende in Lehramtsstudiengängen, deren Bachelorabschluss für den Schuldienst praktisch wertlos ist. Außerdem erleben wir, dass sich das Studierverhalten verändert. Die Gefahr ggf. ohne einen Masterstudienplatz zu bleiben, führt zu einem Studium, das kaum den Blick über den Tellerrand, Engagement oder Berufstätigkeit neben dem Studium zulässt.

Einen weiteren Anlass zur Sorge gab das Deutsche Studentenwerk (DSW) mit der Feststellung, dass einen starken Anstieg der Nachfrage nach psychosozialer Beratung verzeichnet.

Wir fordern von Bund, Ländern und Hochschulen deshalb eine grundlegende Reform, die vor allem folgende Punkte berücksichtigt.

Der Bachelor muss zudem durch eine qualifizierte Reform der Studiengänge inhaltlich und strukturell aufgewertet werden, indem die aktuelle Arbeitsbelastung und Reglementierung verringert wird. Parallel muss die Bewertung des Abschlusses in Politik, Verwaltung und Wirtschaft verbessert werden.

Um die Wahlfreiheit nach dem Bachelorabschluss zu verwirklichen müssen die Absolventinnen und Absolventen einen freien Zugang zum Masterstudium erhalten.

Bisherige Zugangshürden müssen so weit wie möglich reduziert werden. Zudem muss die Argumentationslast in Anerkennungsfragen umgekehrt werden. Hochschulen müssen begründen, warum sie bestimmte Bachelorabschlüsse nicht anerkennen.

Dazu muss von Bund und Ländern eine Bedarfsanalyse vorgelegt werden, die Zahlen über die tatsächlichen Kapazitäten an Masterstudienplätzen in den einzelnen Ländern offenlegt, den Bedarf

an Masterstudienplätzen ermittelt und mit einem Bund-Länder-Programm für einen Ausbau der Kapazitäten sorgt.

Wir rufen die Studierenden im kommenden Semester dazu auf, sich für den freien Zugang zum Masterstudium einzusetzen und werden als Studierendenverbände im kommenden Sommersemester das Thema Übergang zwischen Bachelor- und Masterstudium an die Hochschulen bringen, um auf die Situation der Studierenden aufmerksam zu machen.

Wir rufen vor allem alle Studierenden und Studierendenschaften auf, sich mit einer Petition im Sinne dieser Erklärung an die Landesparlamente zu wenden.

Auf der im Mai stattfindenden Bologna-Konferenz erwarten wir Antworten und Lösungsansätze von Bund und Ländern, die uns auf der letzten Konferenz versprochen wurden.

Begründung:
steht in der Erklärung